



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

323 (23.7.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192458](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192458)

lich erkennbar sind. Sektoren finden wir den Polen als Kleinbauern. Hier finden wir typisch arm und reich vertreten. Der Pole ist entweder Arbeiter (Robotnik) oder Herr (Panje). Ein sogenannter Mittelstand ist auf dem Lande selten zu finden.

Tief eingemurzelt ist dem Polen die Idee zu ihrer polnischen Nationalität und Religiosität. Die katholische Geistlichkeit ist hier beherrschender Nachfaktor. Die von ihr geführte politische Saat unter dem Deckmantel der Religion hat bereits in Friedenszeiten der deutschen Regierung schwerer Abbruch getan. Hier kennt man nur Deutsche, Polen und Juden. Alles was katholisch ist, ist damit in der Volksmeinung auch polnisch. Es gibt keine Trennung zwischen Katholiken und Polen. Diese Meinung wird von der katholischen Geistlichkeit tatkräftig unterstützt und für ihre polnischen Zwecke ausgenutzt. Sie ist es allein, die den polnischen Fanatismus weckt. Unsere Regierung hatte leider nicht Mittel und Wege gefunden, diesem Fanatismus wirksam zu begegnen. Die angewendeten Mittel haben sich zum Teil als unzureichend, zum Teil als völlig verfehlt erwiesen.

Angehts des Zusammenbruchs von Polen müssen wir der verloren gegangenen Provinz Polen erneute Aufmerksamkeit schenken. Die deutschen Brüder hegen dort Hoffnungen, die im alten deutschen Mutterland unterstützt werden müssen, insbesondere dann, wenn Rußland sich seine ehemaligen Gebietsteile von Polen wieder zurückerobern sollte. H. Z.

Staatliche Übernahme von Erziehungsanstalten.

Das Justizministerium hat, wie bereits kurz mitgeteilt, eine Denkschrift über die Übernahme der Erziehungsanstalten in Häftlingen, Weingarten und Einsheim a. G. durch den Staat dem Landtage vorgelegt. Dieser Denkschrift entnehmen wir: Im Jahre 1836 wurde in Baden der Verein zur Rettung sittlich verwahrsamer Kinder gegründet. Aufgabe des Vereins war für Beschaffung und Erziehung der sittlich verwahrsamen schulpflichtigen Kinder zu sorgen und sie entweder in geeigneten Familien oder in besonderen Rettungshäusern unterzubringen. Im Laufe der Jahre erwarb der Verein die Rettungshäuser in Häftlingen, Weingarten und Einsheim a. G.; er bemühte sie zur Aufnahme von Knaben. Die Leitung der Anstalten lagte er in die Hände von Pflegendern, die den Kreisen der Volksschullehrer entnommen wurden. Aufgabe des Pflegers war es, die Zöglinge zu erziehen und gegen eine ihm vom Verein gewährte Entschädigung, die zuletzt 75 Pfg. für den Tag und Zehntel betrug, zu versorgen, ihnen Schulunterricht zu erteilen und sie für das bürgerliche Leben durch eine Beschäftigung in Haus- und Wirtschaft zu befähigen. Als Vergütung erhielt er neben dem bereits erwähnten Verpflegungsgeld für die Zöglinge den Gehalt eines Hauptlehrers und einen Nebengehalt; daneben hatte er Anspruch auf freie Wohnung usw. Was der Anstaltsleiter am Verpflegungsgeld erübrigen konnte, war ebenso wie der Ertrag der Zöglingsarbeit sein Gewinn. Die Folge davon war, daß sich ein Unternehmertum der Hausväter entwickelte, bei dem diese regelmäßig zu Vermögen gelangten, bei dem sie aber auch in Versuchung kamen, den Erziehungsgeld in den Hintergrund treten zu lassen. Bei der Beschaffung der Anstalten im vorigen Jahre durch das Justizministerium wurde der Eindruck gewonnen, daß die Verhältnisse dieses Verfahrens nicht zu rechtfertigen sind. Besonders stießen unangenehm die Verhältnisse in Häftlingen auf, der Eindruck bei der Besichtigung der Anstalten in Weingarten und Einsheim a. G. war wesentlich günstiger. Es wurden nun Verhandlungen mit dem Verein geschlossen wegen Übernahme der Anstalten. Es hat sich dabei ergeben, daß der Verein unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage ist, die Anstalten auf einer anderen Grundlage zu betreiben. Auf Grund der Beratungen wurde am 30. März ein Vertrag zwischen dem Verein zur Rettung sittlich verwahrsamer Kinder und der Justizverwaltung abgeschlossen, wonach der Verein an den bürgerlichen Staat die Anstalten in Häftlingen, Weingarten und Einsheim a. G. zum 1. April 1920 verkauft. Der Kaufpreis soll bis auf weiteres gesondert werden; für den Kaufpreis sollen zugunsten des Vereins Hypotheken eingetragen werden, für Häftlingen 150 000 M., für Einsheim a. G. 180 000 M., für Weingarten 170 000 M. Die Anstalt in Einsheim wird vom Staate, die in Häftlingen vom Caritasverband und die in Weingarten vom Landesverein für innere Mission betrieben werden.

Baden.

Belbehaltung der Staatsräte.

× Karlsruhe, 23. Juli. Bei der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts dürfte die Frage der Belbehaltung der Staatsräte nochmals in Fluß kommen. So viel man vernimmt, besteht im Landtage eine Mehrheit, die für die Belbehaltung der Einrichtung der Staatsräte ist, um so mehr, als es sich hier um keine Frage finanzieller Bedeutung handelt, da die Staatsräte kein Gehalt beziehen. Dagegen dürfte Staatsrat Reichertsbach, Dr. Rudolph Haas aus dem bad. Kabinett ausscheiden und sein Amt als Staats-

Landchaften.

Run bin ich Stundenlang durchs Land geschritten.
Vergaß, vergoß, beselgt, hingehaft,
Des Alltags Last ist von mir abgefallen,
Bin ich noch ich? Ich bin nur Luft und Kraft!
Run stank die Sonne drüber feurig golden
Der Äppelstern verblühten ihres Lichts.
Es dämmert schon. Da zieh's mich nach den holden
Es dämmert schon. Da zieh's mich nach der holden
Hugo Salus.

Das Ende des Expressionismus.

Zur Ausstellung „Deutscher Expressionismus Darmstadt 1920.“

Welch unbegreifbare Macht ein Schlagwort oft auszuüben vermag! Nicht allein in der Politik, sondern auch in der Kunst erleben wir heute das schier groteske Schauspiel, wie ein Wort gleichzeitig als Willkür- und Allzweckmittel, Stütze der Begeisterung und Wut ausläßt, Röhre reicht zwischen Menschen, die — das merkwürdige! — sich gegenseitig kaum über den Begriff dieses Wortes, geschweige über das hinter ihm verborgene Wesen und Wissen klar zu sein, scheinen. Es handelt sich heute hier um den gezeichneten und verfaßten Expressionismus. Jeder fremdlandische Klangerwärtler entsetzt, erklingt dieses Wort als „Ausdrucksform“ bereits schon viel verständlicher und harmloser, um seine Durchdringung noch vollends zu verlieren, wenn man bedenkt, daß erobere Kurzwörter und ganze Kunstepochen einer gewissen Vergangenheit „von Gremmald bis zu den Chinesen, von Kamies bis zu den Pompeianern“ auch unter diesen Begriff zu fallen haben.

Die Enttöpfung dieses Wortes heute als Gegenständlichkeit zu dem bei der Natur Irdengebildeten, sich allmählich in leere Technik auflösenden Impressionismus — bedeutet somit gänzlich weiter als die Wiederkehr einer nach geistiger Vertiefung strebenden, aus innerem Schauen geborenen, bei voller Freiheit technischen Ausdrucksmittel schöpfenden Kunstbestrebung, die eben wieder in jener ursprünglichen Freiheit, Fantasie und Geistigkeit der frühen Gotik und Grünewalds sowie fremder Kunstepochen, wie oben bezeichnet, ihre Berührungspunkte fand. Die Bedeutung eines solchen Wollens besonders auch für die deutsche Kunst, vermag wohl niemand zu verkennen. Nur gehört zu demartig hohen geistigen Zielen in erster Linie der Künstler, der die Kraft und das Genie besitzt, in dieser Richtung überzeugende, hinreichende, hodenständige Werke zu schaffen. Er kann die gemalte Ursprünge schaffen und Romantik nicht erkünsteln, er muß sie von Geburt an in seiner Seele tragen, d. h. er muß als der wirklich für eine neue Kunst Geborene erscheinen. Und diesen Künstler müssen wir bislang noch vollkommen vermischen. Was bisher von einigen scharfen Kalenten geleistet wurde, reichte gerade dazu aus, ein altes, morsches, ausstehendes Gebäude zu zerstören und ein neues, schönes, aber noch recht fernes öffnen zu lassen. Ein erprobender Weg nach neuer religiöser Kunst war der erste Schritt eines immer mehr zur Vergeißung, ja sogar Nichts neigenden Strahls.

rat niederlegen, da er sich ganz der Reichspolitik zu widmen gedente. Für diesen Staatsratstag in der Regierung hätte die demokratische Partei einen Nachfolger zu nennen.

Neue Geschenkwürfe und Eingänge im Landtag.

× Karlsruhe, 23. Juli. Dem Landtag sind in seiner gestrigen Sitzung mehrere Geschenkwürfe überreicht worden, darunter ein solcher über die Haltung der Justiz, Justiz und Justizhöfe, ein weiterer über die Forderung des Dienstes- und Umzugskostenrechtes und ein solcher über die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen; ein anderer Geschenkwurf hat die Verlegung des Rechnungsjahrs der Kreisverbände und ihren Aufwand im Jahre 1920 zum Gegenstand. Des Ferneren sind dem Landtag verschiedene Gesuche zugegangen, darunter eines der Beamten der Landesversicherungsanstalt Baden und des bad. Amtsreformvereins betr. Einreichung in die neue Beförderungsordnung. Ein Gesuch der Landesvereinigung bad. Beamtenschaft hat die Behandlung der Zahl der planmäßigen Stellen für diese Beamten. Ferner hat der Verein badischer höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung ein Gesuch um Gewährung einer Vergütung für die Geschäftsleitung der Kommunalverbände an die Amtsvorstände oder deren Stellvertreter eingereicht.

Schweizerische Grenzschlichter.

B. Konstanz, 22. Juli. Die Schweizerischen Grenzschlichter wählten während der letzten Tage wiederholt von großen parlamentarischen Versammlungen zu berichten, die sich längs der Schweizerischen Grenze (auch auf württembergischen und bayerischen Gebiet) bemerkbar machen würden. Dieser Tage behandelte gar der Berner „Bund“ das gleiche Thema in einem großen Artikel in demselben aufgedruckten Sinne: Es steht bestimmt fest, daß längs der Grenzen tausende von Leuten auf die Gelegenheit, die Schweizer Grenze zu überschreiten, warten würden. In Schönen, Bahnhöfen und Parkanlagen würden sie übernachten. In Konstanz allein seien es wohl 2000 bis 3000 dieser arbeitsscheuen Elemente; diese Leute würden die sportlichen und kommunikativen Versammlungen, die fast täglich da stattfinden würden, wo sie sich aufhalten, besuchen. Nach dem 24. Juli (an diesem Tage soll der Schweizerische Grenzschutz abgebaut werden) würden viele dieser Indesstrahler sich in das Land einschleichen; wer aber schüchtern das Land, wenn der Grenzschutz abgebaut sei? Dann folgen Mitteilungen über organisierte Raubzüge, die diese Leute an der Grenze ausüben würden, eine große Zahl von Verhaftungen wird genannt und anderes mehr. Dazu bemerkt der „Bund“ dann redaktionell, diese Tatsachen würden mit aller Deutlichkeit zeigen, daß die Zeit, die Grenze von einem starken Schutz zu entblößen, noch nicht gekommen sei. Die deutschen Zeitungen an der Grenze vermelden alle diese Gespinnste in das Reich der Fabel oder als eine Folge der Hitze. Die Schweizerischen Veröffentlichungen bewirken aber, daß der eidgenössische Bundesrat nochmals über den Abbau des Grenzschutzes verhandelt; ein neuer Beschluß ist noch nicht bekannt. Diesem Beschluß voraus bemerkt nun der „Bund“ weiter, „Ausstellungen, daß man es an der Grenze nicht verstehen könne, wenn der Bundesrat seinen früheren Beschluß des Abbaues wieder umändern würde. Im Weiteren ist diese Zeitung, ein württembergischer Volkstribun, die Rede aus dem Saal: Man höre laut und leise die Vermutung, daß die Wärmewellen von Offizieren oder Unteroffizieren der Grenzbeobachtungsgruppen stammen, die ihre gutbesetzten sorglosen Posten nur umrennen verlassen würden. Denn es steht fest: ein sorgfreieres Dasein, als sie es heute genießen, bekommen die Grenzschlichter nie mehr in ihrem Leben.“

Der Fall Ruge.

Heidelberg, 23. Juli. (Wirt.-Tel.) Das badische Kultusministerium hat dem Präsesidenten der Philosophie Dr. Arnold Ruge die Belbehaltung an der Universität Heidelberg entzogen. Diese Entziehung der Venia legendi geschah nach Anhörung der philosophischen Fakultät und anscheinend auch unter Zustimmung des akademischen Senats. Die außergewöhnliche Maßnahme hängt ohne Zweifel mit Ruges rechtswidriger und unethischer Tätigkeit zusammen, die er nicht nur im politischen Leben, in Versammlungen u. s. w. ausübte, sondern die er auch auf die Studenten ausdehnte. Ruge hat selbst vor einigen Tagen in einer politischen Versammlung bemerkt, man werde ihn wohl demnächst von der Universität weisen. Es heißt auch, daß der unmittelbare Anlaß zur Entziehung der Venia legendi in beständigen Ausstellungen gegen die Universitätsbehörden und Professoren zu finden seien. Dr. Ruge hat bei der badischen Regierung wegen seiner Amtsenthebung Beschwerde erhoben.

Annahme des Landwirtschaftskammergesetzes in Aussicht.

× Karlsruhe, 23. Juli. Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Forderung des Landwirtschaftskammergesetzes beendet und das Gesetz mit 11 Stimmen des Zentrum und der Sozialdemokraten gegen 4 Stimmen der demokratischen Abgeordneten und des Deutschnationalen angenommen. Besondere Änderungen wurden an dem Gesetz nicht mehr vorgenommen; bestimmt wurde, daß alle in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen männlichen

und weiblichen Geschlechts, z. B. Angestellte, Familienangehörige wohlverehelicht sind, daß aber nur Personen gewöhnt werden können, die in Baden mindestens ein Jahr lang in der Landwirtschaft tätig sind.

Hessen.

Aus dem hessischen Landtag.

lk. Darmstadt, 22. Juli. Der Landtag ist zu einer Sommertagung zusammengetreten, deren Dauer auf etwa 14 Tage veranschlagt wird. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Etat. Einleitend führte Finanzminister Henrich aus: Der Etat schließt mit 270 Millionen Mark gegen 76 Millionen Mark im Jahre 1914. Es ist ein Fehlbetrag von 35 Mill. M. vorhanden, der aus Anleihen gedeckt werden muß. Die Beförderungsreform allein erfordert 80 Mill. M., für die volle Deckung noch nicht vorhanden ist. Mit Rücksicht auf das Kohlenabkommen in Spa soll die Brennholzkonvention in Hessen aufrecht erhalten werden. Das Landestheater (früher Hoftheater) erfordert einen Zuschuß von 1 300 000 M. Die finanzielle Lage des Landes sei nicht gerade schlecht. Wäre die Beförderungsreform nicht gekommen, so hätte Hessen auch einen Ueberschuß gehabt. — Die Aussprache wird durch die Regierungspartei eröffnet. Für die Mehrheitssozialisten spricht Abg. Kaul, der auf das Diktat von Spa hinweist. Daran sind natürlich nur die alten Gemalten schuld. Lech kritisiert er die Langsamkeit, in der das Schulgesetz fortgeschritten. Büchner (Dem.) gibt die Niederlage seiner Partei bei den Wahlen zu, dennoch habe der demokratische Gedanke gefestigt. Er hoffe weiter auf eine „Wandlung“ der Deutschen Sozialpartei. Vom Völkerbund sollen wir jetzt nicht mehr reden. — Heute begann die Sitzung mit einer Rede des Abg. Schöen (Ztr.). Auch er möchte ein Zusammenarbeiten aller Kräfte, wendet sich aber gegen die Stellung des Abg. Kaul (Soz.) in einigen Kulturfragen. Im Mittelpunkt des Tages stand eine große Rede des Abg. Dr. Oßon (Deutsche Volksp.). Er ist in der Finanzfrage nicht so optimistisch, wie der Finanzminister. Wirtschaftlich kommen wir nicht mit dem schematischen Acht-Stunden-tage, auch nicht mit sozialistischen Theorien weiter, sondern allein durch produktive Arbeit. Die Reichstagswahlen haben auch in Hessen Verheerungen gebracht, jedoch die Forderung des Redners auf Neuwahlen zum Landtage hinausgeht. Die Vorgänge in Spa zeigen von französischer Rücksicht und englischen Imperialismus. (Beif. Beifall rechts.) Für die hessische Sozialpartei sprach noch Abg. Brauer, für die U. S. P. Kiel. Morgen wird die Regierung antworten.

Letzte Meldungen.

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung.

□ Berlin, 23. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Im Reichsministerium des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch Besprechungen mit den Vertretern aller Länder über die Durchführung der in dem Abkommen von Spa geforderten Entwaffnung der Zivilbevölkerung statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß das Reich selbst diese Entwaffnung durchführen müsse. Ein entsprechender Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern lag bereits vor und wird dem Reichstag vor seinem Zusammentritt zugehen.

England gegen Krassins Doppelspiel.

Kopenhagen, 23. Juli. (WB.) Berlingske Tidende meldet aus Kopenhagen, daß die russische Handelsdelegation unter Führung von Krassin und Kamenew am Dienstag dort angekommen ist. Das englische Kriegsgeschiff, das die russische Delegation nach England bringen sollte, hatte inzwischen Befehl erhalten, die Russen nicht an Bord zu nehmen. Krassin versuchte gestern privatim einen Dampfer zur Fahrt nach England zu bekommen.

Vandervild †.

Paris, 23. Juli. (WB.) Der bekannte amerikanische Milliardär William Vandervild ist gestern in seiner Pariser Wohnung gestorben.

Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrags.

Amsterdam, 23. Juli. (WB.) Die Times berichten aus Konstantinopel, die türkische Regierung habe beschlossen, Raschid Bey in Paris telegraphisch zu beauftragen, die Entente davon zu verständigen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnen wolle und daß die mit der Unterzeichnung des Vertrages beauftragten Delegierten so schnell wie möglich nach Paris kämen.

□ Berlin, 23. Juli. (Von unserm Berliner Büro.)

In der morgigen Aussprache des Reichswirtschaftsrats wird, wie wir hören, auch Dr. Walter Rathenau sprechen.

entsteht sehr leicht nur aus jener Willkürschöpfung von Expressionisten, die mit ihm fast paritätisch zu tun haben, und der aus dem Kriegesgehorchen hervorgeht nach Sentimenten, die da verweilt, daß alles das heute auf morgen über's Aie gebrochen werden muß. Dabei bedarf alles seiner ruhigen Einwirkung, braucht alles auf einem verständnisvollen, mitleidenden Gegenkommen und einem festen Glauben an die Kunst. Willy Döfer.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

□ Hochschule für Kunst. Auch das abgelaufene Unterrichtsjahe, 1919/20, weist wieder ein erhebliches Streben der namentlich seit 21 Jahren bestehenden Kunst auf. Die Schülerzahl betrug 1830 Besucher gegen 1545 im Vorjahre. Drei verdiente Beauftragte wurden dem Institut durch den Tod entzogen: der langjährige Gesangslehrer Georg Keller, der hoffnungsvolle Pianist Max Behrens, sowie der Violoncellist Felix Riep. An ihre Stelle traten Hermann Gausch, Heinz Wagner und Max Dauer. Das Seminar für Musiklehrer und -Lehrerinnen übte im vergangenen Unterrichtsjahe 48 Besucher in drei Jahrgängen. In der unter dem Vorsitz des Direktors Karl Holzschneider stattgefundenen Prüfung (3. und 4. Januar ds. Ja.) befanden 17 Kandidatinnen. Anstellung fanden 8 Studierende, darunter 7 an der Kunstschule, an Konvolutaufhebungen (5), Kindererziehungsanstalten (1), Fortbildungskursen (2), Fortbildungskursen (5) und den 9 Schulmusikführungen weit das abgeleitete Schuljahr insgesamt 83 auf. Besonders erwähnenswert waren die der Einführung zeitgenössischer Komponisten, Emil Frey (Zürich), Heinrich Bapst (Sulzbach), August Schmitt (Ludwigsfelden) und H. Anst (Helsberg) gewidmeten Wende. Die Zahl der freigestellten betrug 25. Ermäßigungen konnten 68 Besuchern gewährt werden. Zum ersten Male nach der Kriegsauslösung konnte auch wieder das Schüler-Streichorchester unter Führung von Konzertmeister Hans Koeffler in Tätigkeit treten. Die geleitete Besucherzahl veranlaßt die Anstaltsleitung, Herrn Karl Dehler, als Inspektor für den Kinderunterricht der Elementar- und Mittelschule zu bestellen. Die Direktion hofft, durch vermehrte Unterrichtsübernahme zu steigern. Einen weiteren Ausbau sollen im Unterrichtsjahe 1920/21 die theoretischen Fächer, Ensembleunterricht usw. erfahren. So ist u. a. unter Kapellmeister Heinrichs Leitung die Gründung einer Stillschulungsschule, von Kurien für dramatische Komposition, wie einer Chorleiterschule beabsichtigt. Die Leitung der der Hochschule angegliederten Opernschule hat anstelle Wilhelm Furwänglers Kapellmeister Felix Kaderer übernommen. Die Opernschule zeigt eine Frequenz von 20 Schülern. G. W.

Personalnachrichten.

□ Ulrich von Bülowitz-Wöllensdorf, der Meister der Altertumswissenschaft, der große Erforscher des Hellenismus, feierte Dienstag sein goldenes Doktor-Jubiläum. Bülowitz ist kein bloßer Fachgelehrter und Spezialist, sondern ein Altertumsforscher großen Stils, ein Selbstverwandter und ebenbürtiger Nachfolger der v. v. Humboldt, Aug. Boeckh, Friedrich Müller ab J. G. Weidert, die er selbst gern als seine Führer und Vorbilder in der Wissenschaft bezeichnet. Seine Belesenheit, nicht nur in der antiken, sondern auch in der modernen Literatur fast aller Kultur Sprachen, suchte ihnen

Aus Stadt und Land.

Erinnerungen eines Mannheimer Bürgermeisters.

Die politischen Parteien und die Gemeindevorstände.

Die Wahlen in die Vertretungskörper der Gemeinde sind in Mannheim wie in fast allen größeren Städten des deutschen Reiches bis nach dem Gesichtspunkt erfolgt, daß die politischen Parteien als die für die Aufstellung der Vorklasslisten und die Durchführung des Wahlkampfes maßgebenden Stellen anzusehen seien. Die tatsächlichen Ausnahmen konnten nur die Regel bestätigen. Bei den Wahlen im Spätherbst 1908 hatten die „vereinigten Handwerker und Gewerbetreibenden“ in der 2. und 1. Wählerklasse besondere Vorklasslisten aufgestellt; sie konnten indessen keinen Erfolg erringen. Auch der Erfolg der Arbeiterpartei bei den Wahlen 1911 und 1919 war trotz der inoffiziellen einseitigen Verhältniswahl, die auch der Minorität eine gewisse Vertretung sicherte, ein nur sehr geringer. Die in Mannheim bestehenden politischen Parteien mußten stets das Feld zu behaupten. Ein sachlicher Grund dafür ließ sich freilich schwer entdecken. Die Gemeinde hat es im wesentlichen mit den wirtschaftlichen Interessen der Gemeindeglieder zu tun, und in dieser Beziehung ist zwischen den Kommunalprogrammen der bürgerlichen Parteien ein wesentlicher Unterschied kaum zu entdecken. Die Sozialdemokratie freilich, deren Politik in ihrer Grundform auf einer Umgestaltung der Wirtschaft beruht, stellte in ihren Gemeindeprogrammen sehr weitgehende Forderungen an die Gemeindevirtschaft. In Bezug auf die Durchführung dieser Forderungen mußte auch sie den durch die bestehenden Verhältnisse gezogenen Grenzen folgen, und es gab daher nicht allzuviel Fragen, an denen die Gegensätze zu ihr offen zu Tage traten, zumal sich in Mannheim auch die bürgerlichen Parteien den Anforderungen einer fortschrittlichen Gemeindevirtschaft und den berechtigten Ansprüchen der unversicherten Volksschichten keineswegs zu verschließen pflegten. Wenn dennoch die Gemeindevorstände fast ausschließlich auf die Forderungen und Ansprüche der politischen Parteien einwirkten, so waren es wohl zum großen Teile Gesichtspunkte der Bequemlichkeit und der Sparsamkeit, die dafür maßgebend waren. Die politischen Parteien besaßen ihre festen Organisationslinien, sie verfügten über einen sicheren Stamm von Mitglidern, die Treue war mit den Parteieinrichtungen eng verbunden, die Parteifunktionäre sorgten für eine straffe Ordnung und Siedlung innerhalb der Partei; es wäre darnach kaum durchführbar und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu verantworten gewesen, für die Gemeindevorstände besondere Siedlungen und Verbände zu schaffen, die unter den heutigen Verhältnissen viel Zeit und viel Geld verschlingen würden. Die bestehenden Parteieinrichtungen konnten diese Arbeit sehr wohl nebenbei erledigen. Mit einer gewissen Ehrfurcht wurde deshalb darüber gemacht, daß die Arbeit der politischen Parteien durch unerwünschte Nebenrichtungen nicht gestört werden. Auch haben die politischen Parteien natürlich jede Gelegenheit gern auf, um ihre Kräfte mit einander zu messen; dazu boten die Gemeindevorstände einen sehr erwünschten Anlaß.

Bei einem Rückblick auf die in den letzten 25 Jahren stattgehabten Wahlen muß berücksichtigt werden, daß der Wahlmodus in dieser Zeit mehrfachen Veränderungen unterlag. Bis zum Jahre 1919 war durch die Städteordnung in Baden die Klassenwahl vorgeschrieben; die Wählerklasse wurde nach der Höhe der Einkünfte für die Gemeinde in 3 Klassen eingeteilt, wie in Preußen, wenn auch auf einer weit liberaleren Grundlage. Die Wähler wurden, nach der Höhe der von ihnen entrichteten Gemeindesteuer eingeordnet, in eine Wählerliste eingetragen. In Preußen bildeten diejenigen Wähler, die von oben angefangen das erste Drittel der Gemeindesteuern ausbrachten, die erste Wählerklasse; in mehreren Fällen war das ein einziger Wähler, wenn dieser ein Drittel der Gemeindesteuern oder mehr zu bezahlen hatte. In die 2. Klasse kamen diejenigen Wähler, die das 2. Drittel der Einkünfte bezahlten, und in die 3. Klasse kam die große Mehrzahl der kleineren Umlagezahler, die zusammen das letzte Drittel zu entrichten hatten. In Baden wurde bei der Klasseninteilung gleichfalls die Höhe der Steuer zum Grunde gelegt. In die erste Klasse kamen aber nicht diejenigen Wähler, die das erste Drittel der Umlagen zu zahlen hatten, und in die 3. Klasse kamen die übrigen neun Zwölftel der höchsten Umlagezahler zusammen weit mehr als ein Drittel. In Mannheim etwa 75 Proz., der Umlagen ausbrachten. In die 2. Klasse wurden zwei Zwölftel der Wähler — gleichfalls nach der Höhe der Steuer — eingeteilt, die zusammen etwa 17 Proz. zu bezahlen hatten, und in die 3. Klasse kamen die übrigen neun Zwölftel der Wähler, die aber nur 7 Proz. der Umlagen bezahlten. Innerhalb der einzelnen Klassen entschied die relative Mehrheit der erichtenen Stimmzettel, so daß die Minoritäten, auch wenn sie zusammen die Mehrheit der Wähler hinter sich hatten, vollständig leer ausgingen. Nach diesem Wahlmodus fanden letztmals die Wahlen im Spätherbst 1908 statt. Durch das Gesetz vom 26. September 1919 wurde die Städteordnung abgeändert. Die Klassenwahl wurde zwar beibehalten, aber ihre Wirkung wurde dadurch gemildert, daß nicht ein Zwölftel der Höchststeuerer, sondern erst der sechste Teil der Wähler die erste Klasse, die folgenden zwei Sechstel die 2. Klasse und die letzten drei Sechstel die Wähler der 3. Klasse bildeten. Gegenüber einer lange vorwaltenden, jetzt — nicht zum wenigsten durch seinen Verdienst — überwindenen Spezialisierung und Verflüchtigung der Richtung, die das Ganze der Wertwissenschaft in eine Reihe selbständiger, mehr oder minder voneinander unabhängiger Einzelsphären — Archäologie, Geschichte, Sprachwissenschaft — aufspaltete, oder gar die Philologie zur Textkritik zusammenschumpfen lassen wollte, hat er stets mit Entschiedenheit und Wärme eine unzerstörte, im höchsten Sinne des Wortes historische Auffassung der Wertwissenschaft vertreten. Die Erkenntnis und soweit es möglich ist, Wiedererweckung der hellenischen Kultur in allen ihren Lebensäußerungen und Veräußerungen ist nach ihm die eigentliche Aufgabe der Philologie. (Der hervorragende Gelehrte sieht heute im 72. Lebensjahre.)

Hochschulnachrichten.

Ernennung zu Ehrendoktoren. Aus Anlaß des Stadtjubiläum sind von der Freiburger Universität zu Ehrendoktoren ernannt worden: Theologische Fakultät: Dompropst Antonianus Prell, Domkapitular Augustin Prell und Generalvikar und Domkapitular Karl Fritz Kochs; Staatswissenschaftliche Fakultät: Landgerichtspräsident Otto Fint und Rechtsanwalt Ferdinand Kopf. Staatsrat Wilhelm Engler, der bekannte Sozialwissenschaftler, der sich insbesondere um die heilige Wälderburg seit Kriegsbeginn verdient gemacht hat, wurde zum Doktor rer. pol. honoris causa ernannt. Medizinische Fakultät: Verwaltungsdirektor Hermann Gittel, Webstuhlrat Josef Reiter, Altkapitän Emil Demuth und Prälat Dr. Lorenz Weitzmann. Philosophische Fakultät: Professor Fritz Geiges, Verlagsbuchhändler Ges. Kommerzienrat Hermann Herder und Stadtpropst Dr. Paul Jaeger. Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät: Oberzollschuldirektor Geh. Hofrat Professor Karl Seith und Geop.-Kaufmann Hermann Dimmelsbach. Dem Oberbürgermeister der Stadt Dr. Emil Lohm wurde als Ehrenmitglied der Universität verliehen.

Kleine Mitteilungen.

Das Berliner Philharmonische Orchester wird mit seinem Dirigenten Arthur Nikisch wahrscheinlich schon im September oder Oktober d. J. spätestens im Frühjahr 1921, eine Anzahl Konzerte in England veranstalten. Die Anregung hierzu ist von Engländern ausgegangen.

Ein unbekanntes Werk Grunewalds. Aus der Fürstl. Fürstlich-bischöflichen Schlosskapelle in Wollach kam kürzlich in die Donaueschinger Gemäldegalerie ein großes Gemälde, das sich als Kopie eines Barockmalers nach einem verlorenen Meisterwerk Grunewalds herausstellte. Das Werk, das H. Feurstein im neuen Heft der „Beckmannschen Zeitschrift“ für bildende Kunst veröffentlicht, zeigt eine für altdeutsche Begriffe so unerwartete Bildkomposition, wie nur Grunewald damals schaffen konnte: Das Kreuz von hinten gesehen, oben groß und derb die angelegte Leiter, vom Rücken her der Körper Christi in der Todesstarre, den Kopf hinter den Armenstreifen verdeckt, zu Füßen Magdalena laut aufschreiend. Es handelt sich um die offenbar auch in den Zeichnungen genau Wiederholung eines

den. Die erste Klasse zählte darnach im Jahre 1911 87,4 Proz. der Umlagen, die 2. Klasse 8,7 Proz., die 3. Klasse 3,9 Proz. der Umlagen. Gleichwohl wurde innerhalb der einzelnen Klassen die Verhältniswahl eingeführt, wodurch auch den Kinderarbeiten eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung gewährt wurde. Erst nach der Revolution wurde durch das Gesetz vom 13. März 1919 die Klassenwahl gänzlich aufgehoben und zugleich das Frauenwahlrecht eingeführt; sämtlichen Angehörigen des deutschen Reiches, welche mindestens 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten, vom Tage des Ablasses der Einbürgerung gegen die Wählerliste zurückgemeldet, im Stadtbezirk ihren Wohnsitz haben, wurde das Stadtbürgerrecht und damit das gleiche aktives und passives Wahlrecht gewährt. Obgleich bei den alle 3 Jahre stattfindenden Erneuerungswahlen immer nur die Hälfte der Stadtvorordneten — 45 von 90, also 16 von jeder Klasse — ausgeschieden, hatten die Mehrheitswahlen im Gegensatz zu den Verhältniswahlen fast nach jeder Wahl eine andere geworden war. Die Klasseninteilung hatte zur Folge, daß die dritte Klasse sich schon seit dem Jahre 1890 fast in der Hand der sozialdemokratischen Partei befand, die erste Klasse dagegen war meist im Besitz der nationalliberalen, nur ausnahmsweise im Besitz der früheren freisinnigen Partei. Der eigentliche Wahlkampf spielte sich in der 2. Klasse ab; der Sieg in dieser Klasse entschied darüber, welchen Parteien die Mehrheit im Bürgerausschuß zuzufallen. Da die relative Majorität genötigt war, die verschiedenen Parteien, um nicht offenbar Minoritätsparteien zum Siege gelangen zu lassen, auf Wahlbündnisse angewiesen, bei denen sich oft die wunderlichsten Kombinationen ergaben.

Als ich im Jahre 1898 nach Mannheim kam, waren nach längerer nationalliberaler Herrschaft bei den vorausgenannten Wahlen des Jahres 1896 die vereinigten Freisinnigen und Demokraten am Ruder gelangt, die damals den Nationalliberalen auch die erste Wählerklasse abgenommen hatten. Schon das Jahr 1899 aber brachte bei den Wahlen wiederum einen Wechsel. Da die Gemeindeverwaltung fast nur wirtschaftliche Aufgaben zu lösen hat, deren Verwirklichung bedeutende Geldmittel erfordert, und da die stetig steigenden Bedürfnisse auch erhöhte Ansprüche an den Geldbeutel der Bürger stellen, waren diese, an ihrem empfindlichsten Punkte getroffen, vielfach geneigt, jeder gerade am Ruder befindlichen Stadterhaltung ohne Rücksicht auf deren Parteistellung Opposition zu machen und der Parole „Kannst du nicht für den Teil der verhältnismäßig weniger einflussreichen Bürger. Dieser kleinere Teil war aber bei dem Wahlkampf der Parteien vielfach entscheidend und beeinflusste die Zusammenlegung des Bürgerausschusses im hohen Grade. Bei den Wahlen im Spätherbst 1899 siegen in den beiden oberen Klassen die Nationalliberalen, die sich mit dem Zentrum gegen die anderen Parteien vereinigt hatten; die Nationalliberalen wurden wiederum die stärkste Rathauspartei. Die Wahlen des Jahres 1902 brachten eine noch eigenartigere Parteienkonstellation, die nicht wiederholt ist. Die Nationalliberalen, das Zentrum und die freisinnige Volkspartei standen den Demokraten und den Sozialdemokraten gegenüber, so daß die beiden letzteren zur freisinnigen Volkspartei vereinigt die Parteien sich bekämpften. Die erstere Koalition siegte in der ersten Klasse, die letztere im wesentlichen in der zweiten Klasse; die Nationalliberalen blieben die weitaus stärkste bürgerliche Partei und hielten mit 31 Stadtvorordneten die ersten und zweiten Klasse die verbündeten Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten über das Zentrum und die Sozialdemokraten. In dieses Mal eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten. Die Parteienzusammenlegung verlor sich zu Ununzen des Zentrums, das von 13 Sitzen im Stadtvorordnetenkollegium nur 4 retten konnte; den Gewinn konnten die Freisinnigen und die Demokraten buchen. Bei den letzten Wahlen, die nach der früheren Klasseninteilung (Jahreswahl) und nach den Grundzügen der Mehrheitswahl im Jahre 1908 stattfanden, waren die „vereinigten Handwerker und Gewerbetreibenden“ als besondere Partei aufgetreten; das Zentrum hatte auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet. Die bisher vereinigten liberalen bürgerlichen Parteien siegen, die Zusammenlegung des Bürgerausschusses blieb unverändert. Bei allen diesen Wahlen war charakteristisch, daß nur selten eine Vorklassliste aus unerbittlich durchgeführt. Ein großer Teil der Wähler „mischte“ d. h. man setzte an die Stelle eines Teiles der in der Liste vorgeschlossenen Namen solche aus anderen Vorklasslisten. Es wurde die gleiche „Mischung“ von ganzen Gruppen von Wählern vorgenommen.

Die Wahlen des Jahres 1911 fanden auf Grund eines neuen Wahlgesetzes statt (neue Klasseninteilung und Verhältniswahl) und brachten deshalb eine Gesamterneuerung der Gemeindevorstände, von denen die Hälfte auf 6 Jahre, die andere Hälfte auf 3 Jahre gewählt wurde. Wegen des mitterwärtig ausgebrochenen Krieges sind beide Kollegien fast 6 bzw. 3 Jahre nicht weniger als 7½ Jahre im Amt geblieben, weil während des Krieges keine Wahlen stattfinden durften. Die Verhältniswahl machte die früheren oft recht eigenartigen Wahlbündnisse nicht mehr erforderlich. Diese Wahlbündnisse politisch scharf gegenüberstehender Parteien (Nationalliberalen und Zentrum, Sozialdemokratie und Zentrum) waren der sicherste Beweis dessen, daß die Politik in der Gemeindeverwaltung

Flügelbildes von einem Altarwert des Meisters, vielleicht in der haller Stiftkirche, wo als Gegenstück zu dem Rorschach-Altar Grunewalds — jetzt in München — ein Roggenbrot-Altar stand, der ein Spätwerk Grunewalds gewesen sein dürfte.

Heinrich Angeli-Hell der „Modernen Welt“. Am 8. Juli vollendet Heinrich Angeli, der weltberühmte Meister der Wiener Porträtmalerei, sein 80. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß hat die unter der Leitung von Ludwig Hirschfeld stehende illustrierte Monatszeitschrift „Moderne Welt“ ihr sechtes erschienenes Heft Nr. 4 dem großen Porträtmaler gewidmet. Ein Aufsatz von A. F. Seligmann befaßt sich mit Angelis künstlerischem Werdegang und Schaffen, ein Gespräch „Angeli erzählt“ enthält Persönliches und Erinnerungen aus Angelis Tätigkeit am österreichischen, deutschen und englischen Hof. Die bedeutendsten und besten Werke Angelis, vom Selbstporträt des Dreizehnjährigen bis zum letzten Bild des Achtzigjährigen, werden hier zum ersten Mal im Zusammenhang reproduziert, wodurch das schöne und geliebte Heft für jeden Kunstfreund den dauernden Wert eines Angeli-Albums hat.

Das deutsche Buch auf der Frankfurter Messe. Im Zusammenhang mit der dritten Frankfurter Internationalen Messe vom 3. bis 9. Oktober wird in Frankfurt am Main von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel eine Sonderausstellung „Das deutsche Buch“ (Ausstellung von Büchern, Bekehrmitteln und Kaffeebüchern) veranstaltet. Die Ausstellung steht in der Hauptstadt zwei große Abteilungen vor: einmal eine rein messemäßige Darstellung von Geschenken der einzelnen Verlage, dann aber eine Ausstellung von ästhetisch wirksamen Räumen, in denen das Buch in dem Willen gezeigt wird, in das es von Haus aus gehört. Es werden nach besonderen künstlerischen Entwürfen da die Bibliothek eines Gelehrten, eines Angeneren, einer großen Dame usw. vorgeführt werden, ferner eine Kinderbibliothek, eine Gewerkschaftsbibliothek, die Bibliothek eines Kunstfreundes u. a. m. Dem Ausschuss, der die Ausstellung „Das deutsche Buch“ vorbereitet, gehören führende Persönlichkeiten des deutschen Buchhandels an. Zu allen Ausstellungen sind bereit: die Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel, Leipzig, Kreuzstr. 3 b, und das Reichamt Frankfurt a. M.

Die deutsche Schwulstliteratur und das Ausland. Auf der Doppelveranstaltung des Börsenklubs für den deutschen Buchhandel, die Anfangs in Leipzig stattfand, wurden gegenüber Angreifern, daß der Börsenklub eine zu starke Anpreisung ausübe, einige Bemerkungen aus dem Ausland über das bedauerliche Übernehmen einer unzulässigen und schätzungslosen Literatur in Deutschland bekannt gegeben, die nur bedauernd wirken können. So schrieb ein Dr. Frankfurt in Frankfurt: „Mehr als die materielle Verluste, die wir Deutschen im Ausland erlitten haben, empfinden wir den Verlust an Würde und Selbstachtung, der sich in der Literatur und gewissen Dichtungen auf ihr spiegelt.“ Er fügte hinzu, daß die „Bibliographische Zeitschrift“ kürzlich Angreifern niemals aufgenommen haben würde. Die Schweizer Literaturkritik habe daher einen besonderen Erfolg herausgegeben, durch den die Literaturkritik der aus Deutschland kommenden alljährlichen Prospekt bedroht werde. Ferner wurde mitgeteilt, daß auch ein Schweizer Prospekt gegen die deutsche Literatur vorliege. — Man wird es dem Börsenklub für den deutschen Buchhandel nur Dank wissen können, wenn er in freier Ausübung der Unabhängigkeit, wie er es vor kurzem eingeleitet hat, alle Angreifer für das „Börsenklub“, die er für unzulässig und verwerflich hält, rechtlich rücksichtslos zurückweist.

tung doch eigentlich kaum eine Rolle spielt, ebenso wie ein Wahlkampf zwischen Freisinn und Demokratie bewies, daß in der Gemeindepolitik andere Gegensätze als politische ausschlaggebend sind. Die politischen Parteien stellten im Jahre 1911 ohne jedes Wahlbündnis geforderte Vorklasslisten auf. Man konnte daher zum ersten Male die Stärke jeder einzelnen Partei feststellen, wobei freilich berücksichtigt werden muß, daß das Klassenwahlrecht in der gemilderten Form bestehen blieb. Die Zahl der auf die Parteien entfallenden Stadtvorordneten betrug: Sozialdemokratie 40 Sitze, Nationalliberalen 24 Sitze, Fortschrittliche Volkspartei 18 Sitze, Zentrum 12 Sitze, Arbeitervereine 2 Sitze. Die Freisinnigen und die Demokraten hatten sich mittlerweile wie im Reich auch in Baden als Fortschrittliche Volkspartei zusammengeschlossen. Nach der Zahl der in allen 3 Klassen abgegebenen Stimmen hätten die einzelnen Parteien, wenn keine Klassenwahl bestanden hätte, erhalten müssen: Sozialdemokratie 46 Sitze, Nationalliberalen 19 Sitze, Fortschrittliche Volkspartei 15 Sitze, Zentrum 13 Sitze, Arbeitervereine 3 Sitze. Die Sozialdemokratie hat daher im Jahre 1911 in Mannheim nicht die absolute Majorität sämtlicher abgegebenen Stimmen errlangt.

Ich bin kein unbedingter Verehrer der Verhältniswahl; die Persönlichkeit und der Wille des einzelnen Wählers kommt bei ihnen zu wenig zur Geltung, die Parteimachinerie und der Parteiort sind allein maßgebend. Als unbedingte Befürworter der Verhältniswahl aber sind unabweislich anzuerkennen, daß die Wähler nicht ganz ausgeschaltet werden können, sondern auch zu ihrem Recht kommen, daß der Befall unzulässiger Wahlbündnisse dem Wahlkampf zu einem wirksameren und reineren macht und daß so bedeutende Veränderungen in der Zusammenlegung des Bürgerausschusses durch neue Wahlen nicht wohl denkbar sind, wie sie bei den Mehrheitswahlen oft eintraten. Die Wahlen im Mai 1919 brachten folgende Zusammenlegung des Bürgerausschusses: Mehrheitssozialdemokratie 36 Sitze, Demokraten (Nationalliberalen und Fortschrittliche Volkspartei) 18 Sitze, Zentrum 16 Sitze, Unabhängige Sozialdemokratie 16 Sitze, Deutschnationale 5 Sitze, Deutschliberale 3 Sitze, Rechte und Co.-sozial. Partei 2 Sitze. Die beiden sozialdemokratischen Parteien hatten somit 52 Sitze und damit die Mehrheit des Bürgerausschusses errlangt. Auf Grund der bestehenden Verhältnisse wird man sich auch in Zukunft mit der durch den Kampf der politischen Parteien bei den Gemeindevorständen bedingten, durch die Gemeindevorstände an sich nicht abotenen Vertiefung der Gemeinde abfinden müssen. Ebenso wird es nicht ohne Bedenken sein, daß die unbedeutenden Mitglieder des Stadtrats als des wohlwollenden und vermittelnden Organes der höchsten Verwaltung in ihrer Zusammenlegung den Parteiverhältnissen des Stadtvorordnetenkollegiums entsprechen. Dagegen ist es meiner Ansicht nach zu weitgehend, wenn dieser Grundsatze auch auf die Bürgermeister und die besoldeten Mitglieder des Stadtrats und schließlich auch auf die Beamten Anwendung finden sollte. Hier muß es vor allem auf die Gamma der betreffenden Persönlichkeit für das ihm zu übertragende Amt ankommen; eine allzu ausgeprägte Parteipolitik dürfte höchstens als Hindernis gegen die Übertragung eines Amtes in Frage kommen. Ebenfalls wird die Parteigehörigkeit bei den Wahlen in die städtischen Kommissionen und in die Stimmzettel den allein ausschlaggebenden Gesichtspunkt bilden dürfen: Sachkenntnis und Unparteilichkeit werden in erster Linie zu berücksichtigen sein. Ueber dem Tor des Rathauses aber sollten in unklarer Schrift die Worte stehen, die an einem der Gemeinde dienenden Gebäude meiner Vaterstadt Mainz angebracht waren:

Zu der Gemeinde Wohl und nicht zu Genuß
Geh' ein und handle als Bürger stets gewohnt!
Balmigsthal in Weibach, im Juli 1920.
D. G. v. Holländer.

Waldgottesdienst auf dem Heuberg.

Ueber einen am vergangenen Sonntag auf dem Heuberg gehaltenen Waldgottesdienst erhalten wir folgenden Bericht:
Eine fast unabhörbare lange Reihe von Kindern, geführt von Helfertinnen und Helfern, geht Sonntag Morgen 9 Uhr in den hohen Wald und sammelt sich, unter den Bäumen in dem Rasen liegend, um Altar und Kanzel, die dort errichtet sind. Dann erklingt der evangelische Gesang und löst sich als erstes das Lied „Großer Gott wir loben dich“ an. Es wirkt überwältigend, als ob 2000 Kinder gesungen, erklingt, vor dem Altar wird der 104. Psalm verlesen, dies wunderbare Loblied auf die Natur, auf Gottes Güte und Erbarmen. Die vielen Kinder sind andächtig und ihre Seelen empfinden den Ernst und den Jauder der Stunde. Der strahlend blaue Himmel über uns, schattenspendende Waldbäume, Vogelgesang. Die langweilige Stimme des Pfarrers spricht von der Kanzel weitwühlend, auch für die Kinder verständlich, über Matthäus 8 (Stilllegung des Meeres). Von Jesu majestätischer Höhe ein Bild ins eigene Herz ist das Thema. Für mich war dieser Waldgottesdienst ein inneres Erleben und ich glaube, daß viele so fühlten. Alle Kinderaugen hingen am Pfarrer, es war lautlos still. Die Schwestern hatten ihre Kleinsten und Schwachen um sich versammelt und hielten oft ein Kindchen auf dem Schoß. So unendlich schöne heilige Stimmung lag über dem Gesang und wie ergreifend lang dann noch „Lobe den Herrn“ und zum Schluß „Glorie meine Seele“. So etwas kann man nie vergessen, wenn man es innerlich empfunden hat.

Gerade in dieser Zeit des Materialismus, des Hastens und Jagens nach Genuß, tut es so unendlich wohl, Idealismus, Liebe, schöne Menschenliebe zu empfinden. Wer das erleben will, der komme in das Kindererholungsheim Heuberg, da ist von der obersten Leitung bis zur jüngsten Kindergärtnerin nie die Frage nach dem Abschlusstag, nach dem Jubel der Arbeit, dem zu wenig der Befahrung. Jeder feiert Sonntag und Alltag, seine ganze Kraft ein, um den Kindern in frohlicher Liebe zu dienen. Der Erfolg ist nicht ausbleibend. Ganz vorzüglich haben sich die Kinder körperlich erholt, wie strahlen ihre Augen, wie sind sie ganz lust und Leben beim Spiel! Erquicklich ist auch manches erreicht, sie sind an Gehorsam, Ordnung, Sauberkeit gewöhnt und Gott gebt, daß die Kinder etwas davon fürs Leben mit sich nehmen und der in junge, empfängliche Seelen gestreute Samen edle Früchte trägt.
G. S.

Gesetzliche Regelung der Familien-Versicherung.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat Wochen an den Reichstag ein Gesuch über die Neuordnung der Familienhilfe gerichtet. Es soll ein Gesetz ausgefertigt werden, das sämtliche Krankenkassen 1/2 Wöchentlich diese Leistung zu gewähren, d. h. insbesondere die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneien zu übernehmen. In diesem Gesetz soll zugleich angeordnet werden, daß die Gemeinden (Kreis), die Kreisstädte und das Reich den Krankenkassen zur Durchführung der Familienhilfe angemessene Zuschüsse gewähren. Sollte es sich nicht erreichen lassen, daß durch ein solches Gesetz die Familienversicherung zur Pflichtleistung gestaltet wird, so bietet die genannte Gesellschaft dem Reichstag, eine Bestimmung zu schaffen, wonach jeder Gliedstaat befragt sein soll, in seinem Bereich gesetzlich anzuordnen, daß alle Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung dieser Vorschrift Zuschüsse vom Staat und den Gemeinden (Kreis) erhalten. Gleichzeitige wurde an den Badischen Landtag das Gesuch gerichtet, daß sobald die geforderte Befugnis aufgrund eines Reichsgesetzes vorliegt, ein Gesetz geschaffen wird, nach welchem alle badischen Krankenkassen Familienhilfe gewähren müssen und zur Durchführung Staatszuschüsse erhalten sollen. Die Gesuche stützen sich auf die von Dr. A. Hübner verfaßte Schrift „Die Familienversicherung in Baden“ (soeben erschienen als Nr. 2 der „Sozialökonomischen Abhandlungen“, Verlag der E. F. Wüllerschen Hofbuchhandlung in Karlsruhe). Dieser Schrift, für welche amtlicher Ehegattenstoff benutzt wurde, ist u. a. zu entnehmen, daß die Vorstände der maßgebenden Krankenkassen die Einführung der obligatorischen Familienversicherung unter Gewährung von Staatszuschüssen wünschen, daß die Kosten für die Familienhilfe nur 8 Prozent der Gesamtausgaben der Krankenkassen betragen, und daß die Familienhilfe bisher sehr wenig, insbesondere unter den Ortskrankenkassen, ausgedehnt ist. — Es wäre zu wünschen, daß diese Gesuche, im Hinblick auf die ungenügende ärztliche Versorgung der Kinder und auf die gegenwärtig so weit verbreitete Tuberkulose, bei den geschickenden Körperlichkeiten eine günstige Aufnahme finden.

Handesblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Reichsbankausweis vom 15. Juli.

Berlin, 23. Juli. (Draht.) Der am 15. Juli abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt nach der bemerkenswerten Entlastung in der ersten Juliwoche eine weitere Abnahme der Anlagekonten. Die gesamte Kapitalanlage ging um 234 Millionen \mathcal{M} auf 42130,7 Mill. \mathcal{M} zurück, die bankmäßige Deckung, d. h. die Bestände an Wechseln, Schecks und diskontierten Schatzanweisungen, für sich allein genommen, um 230,6 Mill. \mathcal{M} auf 4786,5 Mill. \mathcal{M} . Andererseits wurden den fremden Geldern 2089,3 Mill. \mathcal{M} entzogen, sodaß deren Bestände sich auf 14850,7 Mill. \mathcal{M} verminderten.

Der Umlauf an papierernen Zahlungsmitteln zeigte in der Berichtwoche einen Rückgang. An Banknoten und Darlehenskassenscheinen zusammen strömten 431,4 Mill. \mathcal{M} aus dem Verkehr in die Kassen der Bank. Im einzelnen erfuhr der Banknotenlauf eine Einschränkung um 198,5 Mill. \mathcal{M} auf 5326,7 Mill. \mathcal{M} und der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 232,9 Mill. \mathcal{M} auf 13341,5 Mill. \mathcal{M} . Die Bestände an Gold, Reichskassenscheinen und Scheidemünzen sind wie üblich fast unverändert geblieben. Der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen nahm um 294,7 Mill. \mathcal{M} ab, sodaß er sich am Ende der Berichtwoche auf 30630,9 Mill. \mathcal{M} belief. Ein dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehenskassenscheinen wurde von der Reichsbank den Darlehenskassen zurückgegeben. Da die Bank aber, wie erwähnt, 232,9 Mill. \mathcal{M} solcher Geldzeichen aus dem Verkehr aufnahm, verminderten sich ihre eigenen Bestände an Darlehenskassenscheinen auf 17169 Mill. \mathcal{M} .

Bestand an kursfähigem deutschem Gold und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet.

Vermögen (in 1000 Mark)	gegen die Vorwoche
Metallbestand	1090000 + 570
darunter Gold	1091715 + 1
Reichs- und Darlehenskassenscheine	17210482 + 61792
Noten ander. Banken	1896 + 572
Wechsel, Schecks und disk. Schatzanw.	41786457 + 2380457
Lombarddarlehen	9041 + 4293
Wertpapierbestand	335208 - 7650
Sonstiges Vermögen	1206869 - 30375
Verbindlichkeiten.	
Grundkapital	180000 (unver.)
Rücklagen	104258 (unver.)
Notenumlauf	53846706 - 198495
Einslagen	14850689 - 2089291
Sonst. Verbindlichkeit	3464300 - 187403

Karlsruher Lebensversicherung a. G. vorm. Allgem. Versorgungsanstalt.

Nach dem uns heute zugegangenen Geschäftsbericht der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Jahre 17.221 (5.839) neue Versicherungsanträge mit 184.311.000 \mathcal{M} (54.841.985 \mathcal{M}) Versicherungssumme erledigt. Davon wurden 15.927 (5.264) über 169.329.000 \mathcal{M} (50.103.285 \mathcal{M}) und 203.580 \mathcal{M} (68.700 \mathcal{M}) Prämienrückgewähr angemessen. Durch Tod sind 11.238.494 \mathcal{M} (17.204.536 \mathcal{M}), durch Erleben des bedungenen Endalters 13.121.670 \mathcal{M} (10.812.996 \mathcal{M}) fällig geworden. Von den Todesfällen entfielen 1928.800 \mathcal{M} (7.295.000 \mathcal{M}) auf Kriegsterbfälle. Ende 1919 ergab sich in der Lebensversicherung ein Bestand von 164.319 (153.867) Versicherungen über 929.200.595 \mathcal{M} (818.117.116 \mathcal{M}), was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 10.452 Versicherungen und 141.083.479 \mathcal{M} entspricht. Die Jahreseinnahme der Lebensversicherung an Beiträgen und Kapitalerträgen stieg um 9.763.749 (1.968.737) \mathcal{M} und zwar von 46.671.707 \mathcal{M} L. V. auf 56.435.456 \mathcal{M} . Die Deckungskapitalien der Lebensversicherung einschließlich Invalidenversicherung erfuhren eine Steigerung um 4.763.743 \mathcal{M} und betragen 295.694.055 \mathcal{M} . Die gesamten Leistungen der Anstalt für Kriegsterbfälle bis Ende 1919 betragen 36.110.017 \mathcal{M} . Das Gesamtvermögen der Anstalt beläuft sich nunmehr auf 370.993.113 \mathcal{M} (349.085.836 \mathcal{M}). In der Lebensversicherung ergab sich ein Jahresüberschuß von 2.573.285 (7.947.088 \mathcal{M}). Die Ueberschuldbrücke der Versicherer geht mit 28.324.131 \mathcal{M} (27.697.011 \mathcal{M}) in das Jahr 1920 über. Für das Jahr 1919 werden als Dividende an die Versicherten 2% (3%) des Deklungskapitals bezahlt, da die durch die Teuerung verursachte Erhöhung der Verwaltungskosten, die Kurverluste und die Leistungen für Kriegsterbfälle die Dividende beeinträchtigten. — Infolge der Geldlosigkeit, die sich im Jahre 1919 allenthalben fühlbar machte, hatte sich die Lebensversicherung eines Zuspruchs zu erfreuen, wie in keinem der vorhergegangenen Jahre. Der Zugang an neuen Versicherungen betrug im Jahre 1919 rund 170 Millionen \mathcal{M} , das Mehrfache selbst der besten Friedensjahre. Die Sterblichkeit unter den Versicherten ist nach dem Aufhöhen der täglichen Kriegsverluste günstig ver-

laufen, sodaß der Abgang gegenüber dem Vorjahre sich vermindert hat. Der Bestand an Kapitalversicherungen stieg auf mehr als 960 Millionen \mathcal{M} . Der starke Zugang an neuen Versicherungen hält auch im laufenden Jahre an. Er hat bei der Karlsruhe die gewaltigen Zahlen des Vorjahres schon wesentlich überschritten, sodaß sie schon Mitte März einen Bestand von einer Milliarde Mark erreicht hatte.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 23. Juli. (Draht.) Der Rückgang des Marktkurses und das weitere Anziehen der Devisenkurse gab dem Markte eine bemerkenswert festere Haltung auf dem Gebiete der Auslandspapiere. Zu lebhaftem Geschäft kam es in Kolonialpapieren. Otavi-Minen-Anteile, Deutsche Kolonial-Anteile und Südsüd-Phosphat lagen fest. In Frage standen ferner Deutsch-Ueberssee, Schantungbahn, letztere später etwas nachgebend. Baltimore Ohio steigend, plus 28%, Anatolische Prioritäten anziehend. Große Umsätze wurden in Mexikanischen Renten vorgenommen. 5% Goldmexikaner stiegen 13,5%, Silbermexikaner 18%, 3%ige Silbermexikaner 9,5%, Tehuantepec 20%. Deutsche Petroleum ruhiger, 318-315. Deutsche Erdöl 1570 genannt. Am Montanaktienmarkt, der vorwiegend schwach lag, gaben u. a. Oberdorf 10%, Phoenix 9%, Geisenkirchen 3%, Buderus 6% nach. Caro und Harpener lagen ebenfalls unter Kursdruck. Lothring. Hütte fester, plus 3%. Bei größerer Zurückhaltung verkehrten chemische Aktien, deren Kurse sich teilweise mehr oder weniger abschwächten. Badische Anilin gut behauptet. Adler-Kleber blühten 7%, Daimler 24% ein. Schiffahrtsaktien lagen schwächer. Lahmeyer, die gefragt waren, zogen 8% an, dagegen sind A. E. G. bei stärkerem Angebot 10% niedriger. Auch Schuckert schwächer. Felten u. Guilleaume um 5% gebessert. Siemens u. Halske fester, 330-333. Die lebhaftere Geschäftstätigkeit konnte sich im Verlaufe der Woche, obwohl kursmäßig verschiedentlich unter dem Einfluß von Gewinnrealisationen Abschlüsse eintraten. Manfelder Kuxe 4400-4300-4000. Ludwig Ganz fest, 211-215. Heldberg 283. Deutsche Kolonialanteile 3500. Privatdiskont 4%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 23. Juli. (Draht.) An der Börse vollzog sich heute ein Kullissenwechsel insofern, als im Zusammenhang mit der starken Steigerung aller Auslandsdevisen wegen des Weichens des Marktkurses im Auslande das Interesse von den seither begünstigten Kohlen-, Eisen-, Kali- und Industrieaktien sich abwandte und bei lebhafter Geschäftstätigkeit auf die sogenannten Valutawerte übersprang. Die ersteren wurden stark realisiert und mußten einschließlich Schiffahrtswerten bis vereinzelt 12% nachgeben; dagegen verzeichneten Petroleum- und Kolonialwerte, Mexikaner, Schantung, Baltimore und Deutsch-Ueberssee-Zertifikate teilweise ganz stattliche Kursgewinne. Deutsche Erdöl notierten 1725, Deutsche Petroleum 80. Später konnten in deutschen Papieren die Kursverluste teilweise wieder eingebracht werden, doch blieb die Stimmung hierfür bei stillem Geschäft unsicher und zurückhaltend bei eher nachzieherigen Kursen. Dagegen konnte sich die feste Tendenz für die Valutapapiere behaupten. Am Rentenmarkt war das Geschäft still. Am Industrieaktienmarkt für Einheitskurse herrschte Realisationsneigung vor.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 23. Juli. (Draht.) Das Geschäft am Haiermarkt hielt sich heute in engen Grenzen und die Händler beobachteten wegen der starken Steigerung der Auslandsdevisen eine große Zurückhaltung. Prima Viktoria-Erbisen wurden in Mengen zu Speisezwecken gekauft, sonst wurden nur noch Hülsenfrüchte zur Verfütterung gekauft. Am Markte für Rohfutter hat sich nichts geändert. Amtliche Hafernotierungen in Mark per Tonne Looware ab Bahn —, spätere Lieferung ab Bahn 2400-2420. Tendenz: behauptet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mitgliederversammlung des Süddeutschen Kohlenwirtschaftsverbandes.

Der Süddeutsche Kohlenwirtschaftsverband E. V. Mannheim, hielt am 17. Juli im „Parkhotel“ in Mannheim seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Badische Landeskohlenstelle und Handelskammer Mannheim waren vertreten. Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in seinem ersten Geschäftsjahr sei folgendes erwähnt: Der Verband, im März 1919 von süddeutschen Kohlenhandelsfirmen ins Leben gerufen, zählt z. Zt. 380 Mitglieder aus der Industrie und dem Kohlenhandel, darunter 5 Körperschaften mit rund 1300 Mitgliedern. Der Verband stellt nicht eine einseitige Interessenvertretung des Kohlenhandels dar, sondern will alle an der süddeutschen Kohlenwirtschaft beteiligten Kreise, die Verbraucher nicht weniger als den Handel, zusammenschließen. Zweck ist die Wahrung und Förderung der Interessen dieser Kreise in einer gesunden Entwicklung der Kohlenwirtschaft.

insbesondere der Süddeutschlands. Eine schwere Gefährdung dieser Entwicklung erblickt der Verband in der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, gegen sie nimmt er entschiedene Stellung. Vielseitig und arbeitsreich, aber auch erfolgreich war die Tätigkeit des Verbandes in seinem ersten Geschäftsjahr. Insbesondere nahm er tätigen Anteil an der Gestaltung der Ausführungsbestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes, an deren Zurückführung auf den Grad des einigermaßen Erträgliches; die besonderen süddeutschen Interessen wurden von ihm nachdrücklich wahrgenommen. Im Ganzen hat der Verband gehalten was seine Gründer mit ihm beabsichtigten und die später eingetretenen Mitglieder sich von ihm versprochen. Neue Aufgaben stehen bevor; sie zu lösen, bedarf es auch weiterhin des einmütigen Willens und des geschlossenen Zusammengehens aller an der süddeutschen Kohlenwirtschaft Beteiligten.

Die Weinpreise und deren Abbau.

Einer uns verspätet zugegangenen längeren Zuschrift aus Weinhandelskreisen entnehmen wir u. a., daß der Weinhandel in eine schwierige Lage versetzt wurde, die neben der wirtschaftlichen Notlage insbesondere auf die Masseneinführung elsass-lothringischer Weine zurückzuführen ist. Verluste seien dadurch unausbleiblich. Wie bekannt, haben bereits auch einige Händler resp. Weinwirte ihre Preise zur Freude der Konsumenten bedeutend ermäßigt. Nun heißt es in der Zuschrift, daß die einheimischen Winzer nur noch geringe Vorräte lagern haben, die angebotenen klassischen Weine aber meist höchst zweifelhafter Natur sind. In einer Bekanntmachung wird ausgeführt: „Nach zuverlässiger Mitteilung ist die Weinkontrolle in Elsaß-Lothringen, seitdem sich das Land in französischer Hand befindet, sehr mangelhaft geworden, wenn nicht ganz außer Übung gekommen. Vielfach wird auch die Meinung vertreten, zur Ausfuhr über den Rhein sei die schlechteste Ware gut genug.“ Die Zuschrift behauptet nun, daß Weine, die zu wesentlich herabgesetzten Preisen dem Verbraucher vorgesetzt werden, meistens dem Weingesetz nicht entsprechen und der Gesundheit nicht gerade förderlich sind. Der Mannheimer Weinhandelsverein hat daher seine Mitglieder verpflichtet, sich des Vertriebes solcher Getränke strengstens zu enthalten. Gegen den Verzicht des Weines mit Obstwein, der gesetzlich unzulässig ist, gebe es nur ein Mittel, d. i. die Selbsthilfe, indem man Anzeige erstattet. Die Zuschrift vertritt die Ansicht, daß die Weintrinker auf einen guten und reichen Herbsterrag. Dann könne auch die längst ersuchte allgemeine Preisermäßigung. Einestweilen aber müsse man sich mit einem langsamen Preisrückgang zufrieden geben.

Schlesinger, Trier u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin.

Berlin, 23. Juli. (Eig. Draht.) Diese Firma veröffentlicht erst jetzt die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für 1919. Der Rohgewinn einschließlich des Vortrags hat sich von 0,85 auf 1,31 Mill. \mathcal{M} gehoben, davon entfallen auf Effekten und Konsortialkonto 0,36 (0,15) Mill. \mathcal{M} , auf Provision 0,44 (0,26) Mill. \mathcal{M} und auf Zins, Wechsel und Diverse 0,47 (0,37) Mill. \mathcal{M} . Die Handlungskosten sind von 0,28 auf 0,45 Mill. \mathcal{M} gestiegen, sodaß ein Reingewinn von 0,99 (0,86) Mill. \mathcal{M} verbleibt. Das Kommanditkapital beträgt unverändert 5 Mill. \mathcal{M} .

Siemens u. Halske A.-G. Berlin. Zu dem Verkauf eines größeren Postens von Aktien dieser Gesellschaft an amerikanischen Hände verlautet, daß die Verwaltung bereits bei der Kapitalerhöhung um 63 auf 126 Mill. \mathcal{M} betonte, daß man bei der Kapitalbeschaffung auf ausländisches Kapital zurückgreifen müsse. Das ist nunmehr geschehen. Um die Gefahr einer Ueberfremdung zu verhüten, wurde bekanntlich ein Teil der alten Aktien in Namensaktien mit 30fachem Stimmrecht umgewandelt. Die Verwaltung stellt fest, daß die verkauften Beträge keineswegs so groß sind, daß deren Besitz von nennenswertem Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke der Gesellschaft sein könnte.

Vom Eisenwirtschaftsbund. Aus den bisherigen Verhandlungen des Eisenwirtschaftsbundes über die Neuregelung der Preise und der Ausführungsregeln scheint einwilligen nur soviel festzustehen, daß der Anregung, von einer amtlichen Neuregelung der Inlandspreise überhaupt abzusehen, keine Folge gegeben werden wird. Der Gedanke, eine einheitliche Herabsetzung aller Preise um 10% der bisherigen Sätze einzutreten zu lassen, scheint ebenfalls an Anhängern zu verlieren, sodaß man vielleicht dahin gelangt, die Inlandspreise um 10-15% zu ermäßigen und diese Ermäßigungen je nach den einzelnen Erzeugnissen verschieden zu bemessen. Die Entscheidung hierüber wird indes erst in kommender Woche durch den zuständigen Ausschuss getroffen werden. Was die Behandlung der Ausfuhr anbelangt, so ist vermutlich damit zu rechnen, daß in Rohstahl gerechnet 35% der Erzeugung für die Ausfuhr freigegeben werden und die Möglichkeit eines Austauschs der in Frage kommenden Rohstoffmengen zwischen den verschiedenen Erzeugnissen geschaffen wird.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	22.	23.
A) Italiendische.	22.	23.
1) Italien. 1901/06/08	95,25	95,25
2) Manheimer v. 1912	95,25	95,25
3) Deutsche Reichsanl.	79,50	79,50
4) do. 1913/14	68,50	68,50
5) do. 1914/15	60,75	60,75
6) do. 1915/16	60,25	60,25
7) Reichs-Schatzanz.	100,00	100,00
8) IV. und V. do.	81,25	81,25
9) Reichs-Schatzanz.	74,10	74,10
10) Prus. Schatzanw.	80,00	80,00
11) Prus. Kassenanl.	60,25	60,25
12) do. 1913/14	58,50	58,50
13) do. 1914/15	58,00	58,00
14) do. 1915/16	57,00	57,00
15) Bayer. Eisen-Anl.	85,25	85,25
16) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
17) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
18) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
19) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
20) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
21) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
22) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
23) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
24) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
25) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
26) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
27) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
28) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
29) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
30) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
31) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
32) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
33) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
34) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
35) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
36) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
37) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
38) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
39) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
40) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
41) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
42) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
43) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
44) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
45) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
46) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
47) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
48) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
49) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
50) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
51) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
52) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
53) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
54) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
55) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
56) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
57) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
58) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
59) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
60) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
61) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
62) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
63) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
64) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
65) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
66) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
67) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
68) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
69) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
70) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
71) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
72) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
73) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
74) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
75) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
76) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
77) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
78) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
79) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
80) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
81) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
82) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
83) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
84) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
85) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
86) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
87) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
88) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
89) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
90) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
91) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
92) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
93) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
94) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
95) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
96) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
97) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
98) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
99) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25
100) Bay. Eisen-Anl.	85,25	85,25

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	22.	23.
a) Reichs- und Staatspapiere.	22.	23.
1) D. Reichsanl. Ser. I	99,00	99,00
2) do. Ser. II	98,50	98,50
3) do. Ser. III	98,00	98,00
4) do. Ser. IV	97,50	97,50
5) do. Ser. V	97,00	97,00
6) do. Ser. VI	96,50	96,50
7) do. Ser. VII	96,00	96,00
8) do. Ser. VIII	95,50	95,50
9) do. Ser. IX	95,00	95,00
10) do. Ser. X	94,50	94,50
11) do. Ser. XI	94,00	94,00
12) do. Ser. XII	93,50	93,50
13) do. Ser. XIII	93,00	93,00
14) do. Ser. XIV	92,50	92,50
15) do. Ser. XV	92,00	92,00
16) do. Ser. XVI	91,50	91,50
17) do. Ser. XVII	91,00	91,00
18) do. Ser. XVIII	90,50	90,50
19) do. Ser. XIX	90,00	90,00
20) do. Ser. XX	89,50	89,50
21) do. Ser. XXI	89,00	89,00
22) do. Ser. XXII	88,50	88,50
23) do. Ser. XXIII	88,00	88,00
24) do. Ser. XXIV	87,50	87,50
25) do. Ser. XXV	87,00	87,00
26) do. Ser. XXVI	86,50	86,50
27) do. Ser. XXVII	86,00	86,00
28) do. Ser. XXVIII	85,50	85,50
29) do. Ser. XXIX	85,00	85,00
30) do. Ser. XXX	84,50	84,50
31) do. Ser. XXXI	84,00	84,00
32) do. Ser. XXXII	83,50	83,50
33) do. Ser. XXXIII	83,00	83,00
34) do. Ser. XXXIV	82,50	82,50
35) do. Ser. XXXV	82,00	82,00
36) do. Ser. XXXVI	81,50	81,50
37) do. Ser. XXXVII	81,00	81,00
38) do. Ser. XXXVIII	80,50	80,50
39) do. Ser. XXXIX	80,00	80,00
40) do. Ser. XL	79,50	79,50
41) do. Ser. XLI	79,00	79,00
42) do. Ser. XLII	78,50	78,50
43) do. Ser. XLIII	78,00	78,00
44) do. Ser. XLIV	77,50	77,5

